

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 27. Mai 2020
Sporthalle Schondorf

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Alexander Herrmann

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Thomas Betz
Michael Deininger
Andreas Ernst
Helga Gall
Rudi Hoffmann
Bettina Hölzle
Rainer Jünger
Anna Klink
Luzius Kloker
Franziska Königl
Sabine Pittroff
Marius Polter
Wolfgang Schraml
Simon Springer
Martin Wagner
Stefanie Windhausen-Grellmann

ab 19.35 Uhr

Öffentliche Sitzung:

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 22.04.2020, öffentlicher Teil
2. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 13.05.2020, öffentlicher Teil
3. Antrag auf Baugenehmigung, Neubau von zwei Einfamilienhäusern auf der Flur-Nr. 315/2 Gemarkung Oberschondorf; Am Griesfeld 15
4. Antrag auf Vorbescheid; Neubau eines Wohnhauses mit 2 Wohnungen auf der Fl.-Nr. 371/11, Gemarkung Unterschondorf; Stegwiese 12a
5. Sporthalle Schondorf; Info über Dachsanierung nach Hagelschaden und PV-Anlage
6. Erneuerung Kindergartenzaun
7. Renovierung "Blaues Haus"
8. Anschaffung Schließfachanlage am Bahnhof Schondorf
9. Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen (OD-Grenze) St 2055 und St 2346
10. Überwachung des öffentlichen Badeplatzes und der Seeanlage in den Sommermonaten; ggf. Beschlussfassung
11. Besetzung "Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung"
12. Besetzung "Referent*in für Veranstaltungen"
13. IT-Pauschale bei Nutzung des Ratsinformationssystems
14. Geschäftsordnung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee
15. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
16. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung
17. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes
18. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 22.04.2020, öffentlicher Teil

Sachverhalt:

In der Niederschrift ist nicht vermerkt, dass Hr. Thomas Betz anwesend war – dies wird nachgetragen.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 22.04.2020, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	9	9	0

Hinweis:

Die Gemeinderäte/innen Pittroff, Hoffmann, Ernst, Polter, Klinke, Springer, Königl und Jünger enthalten sich einer Stimmabgabe wegen seinerzeitiger Nichtteilnahme.

2. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 13.05.2020, öffentlicher Teil

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 13. Mai 2020, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

3. Antrag auf Baugenehmigung, Neubau von zwei Einfamilienhäusern auf der Flur-Nr. 315/2 Gemarkung Oberschondorf; Am Griesfeld 15

Sachverhalt:

Die Antragstellerin hat einen Antrag auf Baugenehmigung eingereicht. Als Projektentwicklerin plant sie die Errichtung von zwei Einfamilienhäusern auf der oben genannten Flurnummer.

Das Grundstück liegt im Geltungsbereich des sich in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans „Griesfeld-Ost“. Die Veränderungssperre ist abgelaufen.

Es ist ein Beschluss des Gemeinderates zu fassen, ob das gemeindliche Einvernehmen erteilt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

4. Antrag auf Vorbescheid; Neubau eines Wohnhauses mit 2 Wohnungen auf der Fl.-Nr. 371/11, Gemarkung Unterschondorf; Stegwiese 12a

Sachverhalt:

Das oben genannte Bauvorhaben wurde bereits in der Sitzung am 25.03.2020 behandelt. Das gemeindliche Einvernehmen wurde vom Gemeinderat wegen der zu massiven Bebauung verweigert. (siehe Beschlussauszug → Grundfläche).

Die Bauherrin hat nun eine überarbeitete Version des Vorbescheids eingereicht. Die Grundfläche ist geringfügig reduziert worden.

Es ist ein Beschluss des Gemeinderates zu fassen, ob das gemeindliche Einvernehmen erteilt werden soll.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

keine

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das erforderliche Einvernehmen nach §36 BauGB (Maße 16,0m x 7,5m; Firsthöhe 7,60m; Wandhöhe 6,0m).

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	15	2

5. Sporthalle Schondorf; Info über Dachsanierung nach Hagelschaden und PV-Anlage

Sachverhalt:

Für die Sanierung des Sporthallendaches nach dem Hagelschaden 2019 sowie für die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Sporthallen- und Schuldach wurden in verschiedenen Ausführungsvarianten die voraussichtlichen Kosten durch das Arch.-Büro Gradl und Ingenieurbüro Vorster ermittelt.

Die Kostenvarianten sollen einen Überblick verschaffen und dazu beitragen, eine Entscheidung zu treffen, in welchem Umfang die Arbeiten ausgeführt werden sollen.

Variante I, Dachsanierung Sporthalle ohne PV-Anlage:

Es wird nur eine Sanierung der Dachflächen vorgenommen, Ausführung in Ziegeldeckung.

Aufgrund des Schadenbildes wird die Westseite komplett neu eingedeckt, auf der Ostseite werden kaputte Ziegel durch nicht beschädigte Ziegel von der Westseite ersetzt. (Das vorhandene Ziegelmodell ist nicht mehr lieferbar, auf der Westseite wird ein ähnliches Modell verlegt)

Da nicht alle vorhandenen Schäden dem Hagel zuzuordnen sind, wird die Versicherung voraussichtliche etwa 80-90 % der Schadensumme übernehmen.


Kosten Dachsanierung	130.000,- EUR
Erstattung Kosten Versicherung voraussichtlich ca.	- 110.000,- EUR

Variante II, Dachsanierung Sporthalle, PV-Anlage nur auf Sporthalle mit max. Leistung v. 130 kWp:

In dieser Variante ist die Leistung auf die max. Leistung begrenzt, die der vorhandene Netzanschluss zulässt. Bei einer Überschreitung von 130 kWp müsste der Netzanschluss der Sporthalle ertüchtigt werden, was weitere Kosten verursachen würde.

Bei Installation einer PV-Anlage auf dem Sporthallendach müssen jedoch die Flächen unter den Solarpaneelen aus statischen Gründen mit Blech (Gewichtseinsparung) eingedeckt werden, eine Ausführung auf Ziegeldach ist leider nicht möglich.

In dieser Variante gibt es zwei Möglichkeiten, die Solarpaneele auf der Dachfläche anzubringen:


	Variante II a) Paneele nur auf der Westseite der Halle, hier dann auf dem Hauptdach und dem etwas flacheren Nebendach über dem Haupteingang.	
	Kosten Dachsanierung (Westseite Haupt- und Nebentrakt in Blechdeckung, Ostseite Ziegel)	200.000,- EUR
	Erstattung Kosten Versicherung voraussichtlich ca.	- 110.000,- EUR
	Kosten-PV-Anlage (107.125,- EUR netto für max. 130 kWp)	127.500,- EUR

Bei dieser Variante wurden jedoch zur Belegung der unteren Dachfläche folgende Bedenken des Arch.-Büros Gradl angemeldet:

- Aus architektonischer Sicht ist wegen der Dachgeometrie nicht mit einem einheitlichen Erscheinungsbild der PV-Anlage in diesem Bereich zu rechnen. Der Flickenteppich würde das Bild der Halle eher stören als fördern.
- Durch die schrägen Zuschnitte an die Kehle und die schräge Wand der Südseite wird sich die Brutto Dachfläche deutlich verringern und nicht homogen mit den Solar-Paneelen belegen lassen.
- Gleichfalls werden die min. 6 Dachentlüfter der Grundleitungen die Plattenanzahl auch reduzieren.


- Die netto Nutzfläche müsste daher vor Entscheidung zeichnerisch ermittelt werden.
- Als wichtiger Punkt ist unserer Meinung nach auch der erhöhte Aufwand an Sicherungsmaßnahmen gegen Schnee und Eis Schub im Winter über dem Gang zum Untergeschoss, dem Haupteingang und den Fahrradstellplätzen zu berücksichtigen. Aus einigen Bauvorhaben in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass es sogar bei Dachneigungen unter 10 Grad zu einem Eis Schub von bis zu 2m Plattenlänge kommen kann. Diese würden dann von der Oberseite der PV-Elemente über den Schneefang des Kaldaches hinaus- und die Verkehrsflächen hineinragen (Sicherungspflicht des Hausbesitzers).

Aus diesen Gründen könnten alternativ die Solarpaneele auf den beiden Dachflächen des Hauptdaches angebracht werden ohne Nutzung der Dachfläche des Nebentraktes.

	<p>Variante II b) Solarpaneele auf beiden Hauptdachflächen, auf dem Nebentrakt keine Paneele.</p>
---	---

Kosten Dachsanierung (Hauptdach komplett in Blechdeckung West+ Ost, Nebentrakt Ziegel)	288.000,- EUR
Erstattung Kosten Versicherung voraussichtlich ca.	- 110.000,- EUR
Kosten-PV-Anlage (107.125,- EUR netto für max. 130 kWp)	127.500,- EUR


Variante III, Dachsanierung Sporthalle, PV-Anlage nur auf Sporthalle mit der Leistung v. 177 kWp:

	<p>Variante III Solarpaneele auf beiden Hauptdachflächen und auf dem Nebentrakt, Ausnutzung der maximal möglichen Dachfläche.</p>
---	---

Kosten Dachsanierung (Alle Dachflächen Sporthalle in Blech)	322.000,- EUR
Erstattung Kosten Versicherung voraussichtlich ca.	- 110.000,- EUR
Kosten-PV-Anlage + erforderlicher Netzanschluss (164.610,- EUR netto für max. 177 kWp)	196.000,- EUR

Allerdings sprechen auch hier die bereits aufgezählten Gründe des Arch.-Büro Gradl gegen eine Nutzung der Dachfläche auf dem Nebentrakt (Siehe Variante II a)

Variante IV, PV-Anlage auf dem Dach der Schule mit der Leistung v. 186 kWp:

	<p>Variante IV Solarpaneele auf allen Dachflächen der Grundschule, Ausnutzung der maximal möglichen Dachfläche. Optional zu allen Varianten der Sporthalle</p>
---	--

Keine Kosten Dachsanierung Schule , da Hagelschaden bereits saniert	0,- EUR
Kosten-PV-Anlage + erforderlicher Netzanschluss (173.910,- EUR netto für max. 187 kWp)	207.000,- EUR

Sofern die Gemeinde nicht selbst die PV-Anlage investieren und betreiben möchte, könnte dies durch einen Investor (z.B. Bürgergesellschaft) erfolgen. Der Gemeinde bleiben jedoch die Kosten für die Dachsanierung der Sporthalle abzgl. der Versicherungssumme.

Über die Wirtschaftlichkeit und Amortisationszeiten der PV-Anlagen-Varianten gibt der Bericht des Büros Vorster in Anlage einen Überblick. Dabei wurden allerdings die Kosten für die Dachsanierung nicht mit einkalkuliert.

Zusammenfassung:

- Ohne Aufwand für die Gemeinde lässt sich die Dachfläche der Schule für eine PV-Anlage nutzen, sofern diese von einem Investor betrieben wird.
- Bei einer PV-Anlage auf der Sporthalle sollte diese aus gestalterischen Gründen nur auf den Hauptdachflächen installiert werden. Bei dieser Variante (II b) entstehen jedoch für die Gemeinde Kosten von ca. 188.000,- EUR für die Eindeckung der Hauptdachflächen mit Blech. Die Erstattung der Versicherung für den Hagelschaden ist dabei schon mit einkalkuliert. Die Dachdeckung muss von Ziegel auf Blech geändert werden, um aus statischen Gründen eine PV-Anlage installieren zu können.
- Die Berechnungen des Ingenieurbüros Vorster belegen eine Wirtschaftlichkeit der geplanten Anlagen auf Grundlage der aktuellen Rahmenbedingungen (Siehe Anlage). Der 52-GW-Förderdeckel für Photovoltaik wurde gerade von der Bundesregierung aufgehoben, damit herrscht erst einmal Fördersicherheit (Stand 18.05.2020).

Aufgrund der aktuellen Situation entstehen fast täglich neue Ideen, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bekommen, möglicherweise kommen noch weitere Programme, die eine Nutzung von Solarenergie attraktiver machen.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Im Haushaltsplan sind für die Sporthalle insgesamt 250.000 € vorgesehen.

Diskussionsverlauf:

Hr. Jünger bittet um eine zusätzliche Betrachtung bezüglich eines Pufferspeichers (Batterie).

Der Gemeinderat kann sich grundsätzlich die Umsetzung der PV Anlage auf der Grundschule und der Sporthalle ohne den Nebentrakt der Sporthalle vorstellen. Die Energie soll zur Eigenversorgung
Eigenversorgung der Gemeinde genützt werden. Eine Verpachtung eines Teils der Flächen, kann auch angedacht werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dafür, bezüglich der Dachdeckerarbeiten auf der Sporthalle abzustimmen, obwohl dieser Punkt nicht in der Tagesordnung aufgeführt war.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

Beschluss:

Der GR ermächtigt die Verwaltung zur Ausschreibung der Dachdeckerarbeiten in Blech für die Sporthalle.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

6. Erneuerung Kindergartenzaun

Sachverhalt:

Der Zaun zwischen Kindergarten und Wohnhaus Frau F., sowie der nördliche Zaun zu Hausnummer 6, ist sehr in die Jahre gekommen und marode.

Für eine Erneuerung wurde die Firma S. angefragt, ein Angebot zu erstellen, da die Firma S. bereits 2014 den westlichen Zaun erneuert hat.

Die Arbeiten wurden mit 11.456,73 EUR brutto angeboten.

1.	Firma S	.	11.456,73 EUR
----	---------	---	---------------

Der Zaunabbau erfolgt bauseits.

Das Angebot ist wirtschaftlich und marktüblich.

Laut Vergaberichtlinien können die Arbeiten derzeit in dieser Auftragshöhe (bis 10.000,- EUR netto) ohne Gegenangebot beauftragt werden.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Im Haushalt (Haushaltsstelle 464.5000) sind nur 10.000 € für Renovierungsmaßnahmen und Gebäudeunterhalt vorgesehen. Der Haushaltsansatz ist bereits um ca. 5.000 € aufgrund der Reparatur der Brandmeldeanlage und Hagelschaden überschritten. Allerdings wurde 6.350,00 € von der Hagelversicherung erstattet. Aufgrund der Coronasituation sind überplanmäßige Ausgaben nur zulässig, wenn genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Es müssen die Mehrausgaben daher aus Mitteln der allgemeinen Rücklagen verwendet werden und stehen für andere Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die Firma S. mit den Zaunarbeiten auf Grundlage des Angebotes vom 09.04.2020 in Höhe von 11.456,73 EUR brutto zu beauftragen. Dem GR ist es bewusst, dass diese Investition aus den Rücklagen zu bezahlen ist und nicht aus dem Verwaltungshaushalt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

7. Renovierung "Blaues Haus"**Sachverhalt:**

Das „Blaue Haus“ ist optisch in keinem guten Zustand und bedarf einer Renovierung. Durch die Nutzung der VHS und der Musikschule wird das Haus sehr intensiv genutzt und von vielen Leuten besucht. VHS und Musikschule haben die Gemeinde gebeten, sich dem Haus anzunehmen.

Das WC und die Bäder sind in die Jahre gekommen und sollten komplett erneuert werden. Die Waschbecken und Toiletten müssten ausgetauscht werden und im Zuge dessen die Heizkörper und Fliesen.

Im Bad OG gibt es eine alte Badewanne, die nicht mehr funktionsfähig ist, welche durch eine kleine Dusche ersetzt werden könnte.

Ein zweites Bad im OG kann zu einer Abstellkammer zurückgebaut werden.

Neue Heizkörper wären im Bad, im WC, im VHS-Raum und im Musikraum nötig.

Das Parkett im Haupt – und Nebenraum sollte instandgesetzt werden, einzelne Stellen lösen sich vom Untergrund. Die losen Stäbe müssten eingeklebt und der ganze Belag abgeschliffen werden.

Die Teppiche im Musikraum, sowie im VHS-Raum OG sind durchgelaufen und die alten Böden auf den Treppen, im Eingangsbereich, Küchen und Flure benötigen eine Erneuerung. Empfohlen wurde hierfür ein Vinylboden, da dieser sehr robust und in vielen Farben erhältlich ist.

Bei Wand – und Deckenflächen im Flur, in den Treppenaufgängen, im Bad und im WC müssten teilweise kleine Risse und Löcher geschlossen und die Flächen mit frischen Anstrichen versehen werden.

Bei Treppengeländer, den Türstöcken im OG, den Einbauschränkwänden im OG sowie der Dachluke ist eine neue Lackierung nötig.

Im Außenbereich sollten die Sockelbereiche an der West - und Nordseite ausgebessert und gestrichen werden.

An den Geländern an Nord – und Ostseite, sowie den Glasdachkonstruktionen bedarf es die Roststellen abzuschleifen und wieder vollständig zu lackieren.

Die beiden Dachgauben auf der Südseite, sowie der Balkon an der Ostseite sollten ebenfalls überarbeitet werden.

Kostenschätzung:

Heizung – und Sanitärarbeiten	25.000 EUR brutto
Fliesenlegerarbeiten	13.000 EUR brutto
Trockenbauarbeiten	5.000 EUR brutto
Malerarbeiten	13.000 EUR brutto
Bodenlegerarbeiten	20.000 EUR brutto
Sonstige Kleinarbeiten (Maurer, Elektro)	4.000 EUR brutto
Gesamt:	80.000 EUR brutto

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Im Haushalt sind nur 50.000 € für Renovierungsmaßnahmen vorgesehen. Aufgrund der Coronasituation sind überplanmäßige Ausgaben nur zulässig, wenn genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Es müssen die Mehrausgaben daher aus Mitteln der allgemeinen Rücklagen verwendet werden und stehen für andere Maßnahmen nicht mehr zur Verfügung.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Renovierung des „Blauen Hauses“ im reduzierten Umfang zu. Die Kosten sollten 50.000,- EUR brutto nicht überschreiten. Die Beauftragung der einzelnen Arbeiten erfolgt nach Angebotseinholung und Zustimmung des Gemeinderats.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

8. Anschaffung Schließfachanlage am Bahnhof Schondorf

Sachverhalt:

Für den Bahnhof wurden Angebote von Gepäckschließfächern eingeholt.

Es wurden 3 Firmen angefragt.

Bei dem Angebot der Firma K. wurde eine Anlage mit elektromagnetischen Münzprüfern angeboten, wie sie seit langer Zeit an Bahnhöfen zu finden sind.

Es handelt sich um gebrauchte, aber neuwertige Gepäckschließfächer mit Herstellergarantie und neuer Lackierung.

Die Gesamtgröße beträgt ca. 100 x 210 x 80 cm und beinhaltet 4 kleine Fächer (27 x 42 x 70 cm) und 2 große Fächer (48 x 97 x 70 cm).

Die Module sind im Baukastenprinzip und können jederzeit ergänzt werden.

Da die Anlage nicht wasserdicht ist, ist zwingend eine Überdachung erforderlich.

Die beiden einzelnen Elemente sind bereits verschraubt und müssen an den Aufstellort transportiert und angesteckt werden. Das Gewicht der Anlage beträgt ca. 350 kg.



Die anderen beiden Schließfächanlagen sind Hightech-Anlagen mit einem Touchscreen-Bedienelement und Schließfachsoftware.

Bei dem Angebot der Firma E. handelt es sich um vier kleine Fächer (ca. 40 x 21 x 60 cm), vier mittlere Fächer (ca. 40 x 46 x 60 cm) und vier große Fächer (ca. 62 x 46 x 90 cm). Gesamtmaß beträgt ca. 170 x 220 x 95 cm. Die Abrechnung der einzelnen Schließfächer erfolgt bargeldlos.

Die Softwarekosten belaufen sich auf 1.413,72 EUR brutto jährlich.



Die Firma L. hat eine Anlage mit vier kleinen Fächern (ca. 35 x 45 x 85 cm) und zwei großen Fächern (ca. 35 x 94 x 85 cm) angeboten. Gesamtmaß beträgt ca. 140 x 211 x 95 cm.

Die Abrechnung der Schließfächer erfolgt mit einem Münzwechselautomaten. Gegen einen Aufpreis ist bargeldloses bezahlen möglich.

Die Softwarekosten belaufen sich auf 428,40 EUR brutto jährlich.



Als Ort für die Schließfachanlage wäre die überdachte Wartehalle sehr gut geeignet, da es dort trocken ist und der Bereich bereits videoüberwacht wird.

Für alle Gepäckfachanlagen wird ein Stromanschluss benötigt. Dieser muss neu verlegt werden. Die Kosten hierfür wurden noch nicht berücksichtigt.

Um die Angebote vergleichen zu können, wurden die laufenden Kosten für 5 Jahre eingerechnet.

1.	K.	7.176,43 EUR brutto
2.	E.	25.305,35 EUR brutto
3.	L.	28.339,85 EUR brutto

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Im Haushaltsplan sind 90.000 € für den Schuppenabbruch und die Umbauarbeiten der Dachgeschoßwohnung im Bahnhof vorgesehen. Ausgaben wurden bei der Haushaltsstelle noch nicht getätigt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung zur Beschaffung einer Schließfachanlage der Fa. K. für 7.176,43 EUR brutto.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	1	16

Hinweis:

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

9. Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen (OD-Grenze) St 2055 und St 2346

Sachverhalt:

Das Staatliche Bauamt legt im Auftrag der Regierung von Oberbayern die Ortsdurchfahrtsgrenzen in Form eines Verwaltungsaktes fest. Eine Neufestsetzung der

Ortsdurchfahrt wird notwendig, wenn sich infolge von Bebauung oder sonstiger Umstände die bestehende Ortsdurchfahrt ändert. Es handelt sich um ein Verfahren von Amts wegen. Die Straßenbaulastträger können eine Änderung oder eine erstmalige Festsetzung einer Ortsdurchfahrt beantragen. Vor der Entscheidung werden der Straßenbaulastträger sowie die Gemeinde entsprechend dem Art. 4 Abs. 2 Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) angehört.

Eine Ortsdurchfahrt ist der Teil einer Bundes-, Staats- oder Kreisstraße, der innerhalb der geschlossenen Ortslage liegt und auch der Erschließung der anliegenden Grundstücke (Erschließungsbereich E) oder der mehrfachen Verknüpfung des Ortsstraßennetzes (Verknüpfungsbereich V) dient. Die festgesetzte Ortsdurchfahrt hat rechtliche Bedeutung für die Straßenbaulast für den jeweiligen Straßenabschnitt. Die Grenzen der Ortsdurchfahrt werden überwiegend durch weiße Schilder am Straßenrand (Aufschrift OD ggf. in Verbindung mit E für Erschließungsbereich oder V für Verknüpfungsbereich) bzw. noch durch Grenzsteine gekennzeichnet. Die straßenverkehrsrechtliche Ortsdurchfahrt (gelbe Ortstafel) wird nach Kriterien der StVO festgelegt und ist daher nicht immer mit der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt identisch.

Entsprechend der vorliegenden Lageplanskizze mit eingetragenen Abschnittsnummerierungen wird von Seiten des Staatlichen Bauamtes im nördlichen Bereich (Höhe Bahnübergang) eine Erweiterung der Festsetzung nach Norden erfolgen. Die bisherige ODE liegt kurz vor der Einfahrt Fuchsbergstraße und wird nun auf Höhe Grundstück Bäckerei/Getränkemarkt verlagert. Die ODV der St 2055 verlagert sich nach Norden. Gleiches wird für die Landsberger Straße (St 2346) erfolgen. Hier wird die ODE alt kurz vor dem Bahnübergang auf die Einmündung St 2055 verlagert. Im südlichen Abschnitt auf der Staatsstraße St 2055 lag die ODE alt bisher auf Höhe Wohnbebauung ‚Am Eichet‘ und wird nun auf Höhe Parkplatz ‚Am Eichet‘ gelegt (Richtung Norden), demnach erfolgt die Neufestsetzung der ODV nach Süden (auf Höhe Kreuzung Bergstraße). Im südlichen Abschnitt der Staatsstraße St 2346 wird die ODE neu ebenfalls nach Norden verlegt, die ODV neu verlagert sich entsprechend nach Süden.

Mit Festlegung der Ortsdurchfahrt wird die Straßenbaulast konkretisiert: innerhalb von Ortsdurchfahrten ist der Straßenbaulastträger für die Fahrbahn zuständig. Die Gemeinde ist der Baulastträger für die Gehwege und Parkplätze innerhalb der Ortsdurchfahrt.

Beschluss:

Der Gemeinderat wurde angehört und stimmt der Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen im Bereich der Staatsstraßen St 2055 und St 2346 entsprechend vorgelegter Planung durch das Staatliche Bauamt Weilheim vom 28.01.2020 zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

10. Überwachung des öffentlichen Badeplatzes und der Seeanlage in den Sommermonaten; ggf. Beschlussfassung

Sachverhalt:

Im vergangenen Sommer wurde der Badeplatz und die Seeanlage von der Sicherheitsgruppe U überwacht.

Tagtarif:	Montag bis Samstag 6:00 -20:00 Uhr	21,50 €
Nachttarif:	Montag bis Samstag 20:00 -6:00	25,50 €
Sonntagstarif:	0:00 - 24:00 Uhr	25,90 €
Feiertagstarif:	0:00 - 24:00 Uhr	35,40 €

Es können aufgrund der Mindestloohnerhöhung keine Pauschalen angeboten werden.

Im vergangenen Jahr fielen insgesamt Kosten in Höhe von € 1.122,18 an. In der Ferienausschuss-Sitzung vom 25.03.2020 wurde die Entscheidung vertagt, bis der volle Gemeinderat wieder tagt.

Der Gemeinderat sollte über eine weitere Beauftragung und den Umfang dieser entscheiden.

Diskussionsverlauf:

Der Sicherheitsdienst muss noch speziell „gebrieft“ werden (Sitzen am Segelsteg, leise und nicht störend, muss erhalten bleiben). Alkohol in der Seeanlage ist erlaubt – außer an Tagen, an denen es verboten ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Beauftragung des Sicherheitsdienstes U., im gleichen Umfang wie im Jahr 2019, für die Überwachung des Badeplatzes und der Seeanlage zu den geänderten Stundensätzen zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	15	2

11. Besetzung "Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung"

Sachverhalt:

Herr Manfred Huber war in der vergangenen Legislaturperiode der Beauftragte für Menschen mit Behinderung.

Beschluss:

Herr Manfred Huber wird zum Referenten für Menschen mit Behinderung ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

12. Besetzung "Referent*in für Veranstaltungen"**Sachverhalt:**

Herr Herrmann schlägt Frau Anke Neudel als Referentin für Veranstaltungen vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Ernennung von Frau Anke Neudel zur Referentin für Veranstaltungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

13. IT-Pauschale bei Nutzung des Ratsinformationssystems**Sachverhalt:**

Bei Nutzung des Ratsinformationssystems wurde in der Legislatur-Periode 2014-2020 eine Aufwandspauschale von € 7,50 pro Monat gewährt.

Die Verwaltung schlägt vor, die Aufwandspauschale auch für die kommenden Jahre bis April 2026 zu gewähren;

Variante 1: Abrechnung pro Monat mit der jährlichen Sitzungsgeldabrechnung im Dezember.

Variante 2: Einmalzahlung. Bei vorzeitigem Ausscheiden müsste hier jedoch eine anteilige Rückzahlung erfolgen.

Beschluss:

Der Gemeinderat ist mit einer monatlichen Aufwandspauschale bei IT-Nutzung des Ratsinformationssystem in Höhe von € 7,50 einverstanden; insgesamt € 540,--.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	16	1

Beschluss:

Der Gemeinderat bittet die Verwaltung um Auszahlung der IT-Pauschale in einer Summe € 540,-. Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Gemeinderat wird der Betrag rückgerechnet.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

14. Geschäftsordnung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

Sachverhalt:

Die Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde in der konstituierenden Sitzung in Teilbereichen (Ausschüsse) bereits geändert. Der beigelegte Entwurf basiert auf der aktuellen Mustergeschäftsordnung des Bayerischen Gemeindetages und enthält die Änderungsvorschläge der Verwaltung. Darunter die Frage, ob der Bauausschuss in Zukunft beschließend sein soll und wenn ja, wie in diesem Fall seine Zuständigkeiten definiert werden sollen (es müssen nicht alle Bauangelegenheiten vom beschließenden Bauausschuss behandelt werden. Der GR kann hier Einschränkungen beschließen).

Darüber hinaus steht auch noch der finanzielle Verfügungsrahmen des Bürgermeisters zur Diskussion (§13). Die eingefügten Zahlen entsprechen den Vorschlägen des Bayerischen Gemeindetages.

Diskussionsverlauf:

Herr Herrmann möchte den Beschluss bezüglich eines beschließenden Bauausschusses für ca. 6 Monate zurückstellen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt im § 13 bei der Berechnung der Beträge für € 5,- pro Einwohner (gerundet auf 1.000).

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	8	9

Hinweis:

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt im § 13 bei der Berechnung der Beträge für € 4,- pro Einwohner (gerundet auf 1.000).

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dafür, dass Anträge (§ 26) schriftlich und/oder elektronisch eingereicht werden können. Grundsätzlich müssen die Anträge an die zentrale Adresse der VG gesandt werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	15	2

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dafür, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grünen vor jeder Sitzung um 19.30 Uhr max. für 15 Minuten eine Sprechzeit für Bürger (keine Bausachen) anzusetzen. Im Anschluss beginnt die reguläre Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	9	8

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dafür, den Antrag der CSU-Fraktion zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass Gemeinderatssitzungen um 22.30 Uhr enden, bzw. um 22.30 Uhr darüber jeweils abgestimmt wird, ob die Sitzung noch weitergeführt werden darf.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	7	10

Hinweis:

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Das Bemühen, die Sitzung um 22.30 Uhr zu beenden, soll im § 33 vermerkt werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
17	17	17	0

15. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil

Sachverhalt:

1. Kinderhaus und Mittagsbetreuung - wurde bereits umgesetzt
2. Formlose Bauanfragen – muss noch vom jur. Bauamt geklärt werden
3. Verkehrsspiegel Ecke Landsberger Str./Schulstraße hängt wieder, muss aber noch ausgerichtet werden.

16. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung

17. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes

Sachverhalt:

1. Campingmobil am Friedhofsparkplatz steht dort inzwischen nicht mehr.
2. Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland – Kopie zur Information als Tischvorlage;
3. Ammersee-Dampfbahn – wurde für 2020 abgesagt – der Zuschuss in Höhe von € 600,-- wurde vorsorglich noch nicht bezahlt.

18. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sachverhalt:

1. Der Kämmerer wird vom GR gebeten, im Juli Zahlen mit Stichpunkt 30.6. vorzulegen und die Auswirkungen auf den Haushalt darzustellen.
2. Herr J. hat Herrn Jünger gebeten, den Gemeinderat darüber zu informieren, dass die Nutzung des Segelstegs nicht immer segelzweckgebunden ist.
3. Nächster Finanzausschuss Termin – vermutlich im Juli/August
4. Frau Klinke bittet die Verwaltung, den Gehsteig beim Augsburger Grundstück am Kapellenberg begehbar zu machen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Alexander Herrmann
Erster Bürgermeister

Strohmeier Beate
Schriftführerin